



Consumer Voice

Newsletter für Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und Verbraucherpolitik
der Generaldirektion für Gesundheit und Verbraucherschutz

ISSN 1725-5481

Januar 2004



◀ David Byrne,
Kommissar für
Gesundheit und
Verbraucherschutz

Leitartikel

Das Jahr 2004 wird einschneidende Veränderungen für die EU mit sich bringen. Im Mai werden im Zuge der bisher größten EU-Erweiterung zehn neue Länder dazustoßen. Im Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und im November wird eine neue Europäische Kommission antreten. Man kann wohl davon ausgehen, dass sich die politische Landschaft in Brüssel bis Ende des Jahres grundlegend wandeln wird.

In den kommenden Monaten besteht unsere Aufgabe darin, den Weg für einen reibungslosen Übergang zu bereiten. Dies umfasst praktische Vorkehrungen, wie etwa die Einstellung von Beamten aus den neuen Mitgliedstaaten und die Vorbereitung auf neun neue Amtssprachen. Dies bedeutet aber auch, dass die Rechtssetzungsarbeiten der scheidenden Kommission so weit wie möglich abgeschlossen und politische Grundsatzpapiere erstellt werden müssen, die der neuen Kommission bei der Festlegung ihrer Prioritäten helfen.

Auch wenn im Jahr 2004 andere Akteure die Brüsseler Bühne betreten werden, so bleiben doch viele politische Fragen bestehen. Dies gilt vor allem für die Bereiche, die meiner Verantwortung unterstehen. Es liegt auf der Hand, dass die Bürgerinnen und Bürger auch nach der EU-Erweiterung verlangen werden, dass ihre Lebensmittel sicher sind, dass ihre Rechte als Verbraucher gewahrt werden und dass die EU sich für Gesundheitsschutz und -förderung einsetzt. Auch wenn das Jahr 2004 für manche Veränderung sorgen wird, so bin ich doch zuversichtlich, dass zumindest eines gleich bleibt: Gesundheit und Verbraucherschutz werden auch weiterhin höchste Priorität für die EU haben.

IN DIESER AUSGABE

Prioritäten der Kommission für 2004	1
Prioritäten der irischen Präsidentschaft	1-2
Veranstaltungskalender – Gesundheit und Verbraucherschutz	2
Sicherheit zuerst – neue Regelungen für Produkte	2-3
EU bekämpft Geflügelpest	3-4
Arbeitsplan der GD Gesundheit und Verbraucherschutz für 2004	4
Neuer Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz	4

Prioritäten der Kommission für 2004

Das Europäische Parlament wird im Mai – vor den Wahlen im Juni 2004 – aufgelöst. Doch bevor dies geschieht, muss es sich noch zu einer Reihe wichtiger Vorschläge äußern: Rechtsvorschläge über Verbraucherkredite, nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben, Lebensmittel- und Futtermittelhygiene, unlautere Geschäftspraktiken und die Errichtung eines Europäischen Zentrums zur Seuchenprävention und -bekämpfung. Außerdem sind noch ca. 36 Legislativvorschläge zwecks Annahme durch die Kommission anhängig. All dies muss natürlich parallel zu den Vorbereitungen für die Erweiterung und der anschließenden Anpassung geschehen.



Rat der Europäischen Union; keine kommerzielle Nutzung

Neue Vorschläge

Das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2004 umfasst als Hauptpunkte einen Vorschlag für eine überarbeitete Richtlinie über andere Lebensmittelzusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel, eine Mitteilung über die gesundheitspolitische Strategie der Gemeinschaft, einen Bericht über die Bekämpfung des Rauchens in Europa, einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Nährwertkennzeichnung und einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung über neuartige Lebensmittel.

Weiter wichtige Punkte sind unter anderem ein neuer Rechtsvorschlag zur Bekämpfung der Geflügelpest, eine Folgemitteilung zum Vertragsrecht, eine Mitteilung über die Patientenmobilität und die Entwicklung der Gesundheitsversorgung sowie Vorschläge für die Stichprobennahme und Prüfung von Saatgut unter amtlicher Überwachung. Nähere Informationen zu all diesen neuen, für das Jahr 2004 geplanten Initiativen finden Sie auf Seite 4.

Prioritäten der irischen Präsidentschaft

Im Januar übernahm Irland die EU-Präsidentschaft für die nächsten sechs Monate. Die Prioritäten Irlands für diesen Zeitraum umfassen auch eine Reihe wichtiger Maßnahmen für den Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz.

Veranstaltungen während der
irischen Präsidentschaft zum Thema
„Gesundheit und Verbraucherschutz“

13. Februar

Sitzung des Beirats der Europäischen
Behörde für Lebensmittelsicherheit, Dublin

23.-24. Februar

„Breaking the Barriers – Partnership to fight
HIV/AIDS in Europe and Central Asia“, Dublin

25. Februar

Konferenz: „Towards a Comprehensive
Cardiovascular Health Policy at European
Union Level“, Cork

4. März

Ministerrat „Beschäftigung, Sozialpolitik,
Gesundheit und Verbraucherschutz“, Brüssel

10. März

Sitzung des Verwaltungsrats
der Europäischen Behörde für
Lebensmittelsicherheit, Dublin

11.-12. März

Internationale Konferenz zur
Lebensmittelsicherheit: „Harmonisation of
Official Food Controls“, Dublin

11.-12. März

Tagung der „Chief Medical Officers“, Dublin

14.-15. März

„Consumer Confidence in the European
Online Marketplace“, Dublin

15. März

Weltverbrauchertag, Dublin

16. April

Tagung der „Governmental Chief Nurses“
zum Thema „Ageing Populations: The
Challenges and Opportunities“, Cork

27.-28. April

Tagung des Ausschusses hochrangiger
Regierungssachverständiger für
Gesundheit, Dublin

5.-6. Mai

Konferenz zur Online-Gesundheitsfürsorge
(„eHealth“) – Ausstellung & Auszeichnungen,
Cork

10.-11. Mai

Konferenz zur Thema „Development of
Cardiology Audit and Registration Data Sets
(CARDS)“, University College Cork

Öffentliche Gesundheit

Die Präsidentschaft hofft, die Richtlinie über menschliche Gewebe und Zellen sowie den Rechtsvorschlag zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Seuchenprävention und -bekämpfung zum Abschluss zu bringen. Das Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen wird im Rat sowie auf einer speziellen Konferenz in Irland besonders ausführlich behandelt. Daneben werden weitere Konferenzen über die Online-Gesundheitsfürsorge („e-health“) und die Bekämpfung des Rauchens veranstaltet. Ferner will die irische Präsidentschaft die Arbeiten des auf hoher Ebene geführten Reflexionsprozesses über die Patientenmobilität fortsetzen und zu dem Aktionsplan im Bereich Umwelt und Gesundheit beitragen. Auf internationaler Ebene möchte sich die Präsidentschaft bei der Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften der Weltgesundheitsorganisation voll engagieren.

Lebensmittelsicherheit

Bei den Arbeiten im Bereich Lebensmittelsicherheit geht es vor allem darum, die Vorschläge für das Maßnahmenpaket zur Lebensmittelhygiene, amtliche Kontrollen von Lebens- und Futtermitteln und Rückstandshöchstwerte für Pflanzenschutzmittel voranzubringen. Eine weitere Priorität besteht darin, eine Einigung zu den Vorschlägen der Kommission in Bezug auf verstärkte Kontrollen beim Schutz von Tieren während des Transports herbeizuführen.

Verbraucherangelegenheiten

Die Präsidentschaft wird darauf hinarbeiten, Fortschritte bei der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und dem Rechtsvorschlag zur Zusammenarbeit der nationalen Verbraucherschutzbehörden bei der Rechtsdurchsetzung sowie dem Richtlinienentwurf über Verbraucherkredite zu erzielen. Ferner will sie die Arbeiten an dem Entwurf einer Rahmenrichtlinie über Dienstleistungen – die als eine wesentliche Maßnahme für die Vollendung des Binnenmarktes angesehen wird – ein gutes Stück voranbringen.

Sicherheit zuerst – neue Regelungen für Produkte

Mit Inkrafttreten der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit wird der Verbraucherschutz verbessert

Die überarbeitete Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit (angenommen im Jahr 2001) ist ab dem 15. Januar 2004 anwendbar. Die neue Richtlinie legt Sicherheitsanforderungen fest, die für Verbraucher bestimmte Gebrauchsgüter – z. B. Geräte für Sport- und Spielplätze, Babyartikel und Feuerzeuge, aber auch die meisten Haushaltsartikel wie Textilerzeugnisse und Einrichtungsgegenstände – erfüllen müssen.

Jahr für Jahr gehen der Europäischen Kommission etwa 150 Meldungen über gefährliche Produkte zu. Die von diesen Produkten ausgehenden Gefahren lauten in den meisten Fällen: Erstickung, Obstruktion der Atemwege, Stromschlag und Verbrennungen. Am häufigsten betreffen die Gefahrenmeldungen Spielzeug. Auf den anderen Plätzen folgen Elektrogeräte und sonstige Artikel. Die Richtlinie wird wesentlich zur Verbesserung der Verbrauchersicherheit beitragen, indem sie klarstellt, dass die Hersteller für die Sicherheit ihrer zum Verkauf angebotenen Produkte verantwortlich sind.

Dazu EU-Kommissar David Byrne: „Erstmals sind von nun an die Hersteller rechtlich verpflichtet, die zuständigen Behörden in Kenntnis zu setzen, wenn ein Produkt nicht sicher ist. Unsichere Produkte werden durch Rückruf vom Markt genommen. Erstmals hat die Kommission nunmehr auch die Befugnis, Rückrufmaßnahmen anzuordnen und einstweilige Verbote des Inverkehrbringens zu verhängen, so dass EU-weit ein gleich hohes Verbraucherschutzniveau sichergestellt ist. Sehr gute Neuigkeiten also für den Verbraucher.“

Hersteller und Vertriebs Händler sind von nun an gesetzlich verpflichtet, die zuständigen Behörden zu unterrichten, wenn sie feststellen, dass ein von ihnen angebotenes Produkt

gegen die allgemeinen Sicherheitsanforderungen verstößt. In einem solchen Fall sind sie zur Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden verpflichtet, damit die Herkunft des Produktes zurückverfolgt und es vom Markt genommen werden kann. Unter Umständen können Firmen sogar gezwungen werden, einen Rückruf zu veranlassen.

Die EU wird mit verstärkten Befugnissen ausgestattet, die Rücknahme gefährlicher Produkte anzuordnen oder ein sofortiges Verbot des Inverkehrbringens zu verhängen. Außerdem kann die Kommission jetzt erstmals aus eigener Initiative ein zeitweiliges Verbot veranlassen.

Nach der neuen Richtlinie dürfen Produkte, deren Inverkehrbringen aufgrund einer Sofortmaßnahme untersagt ist, nicht mehr aus der EU in Drittländer ausgeführt werden. Ferner schreibt die neue Richtlinie vor, dass Informationen über die Sicherheit von Produkten, von denen die Mitgliedstaaten und die Kommission Kenntnis erhalten, generell öffentlich zugänglich zu machen sind.

Verstärkt wird mit dem neuen Rechtsakt auch die Funktion des gemeinschaftlichen Schnellinformationssystems für gefährliche Produkte (RAPEX). Für jedwedes Produkt, das eine ernsthafte Gefahr darstellen kann, muss die Kommission unverzüglich benachrichtigt werden. Die entsprechende Meldung gibt die Kommission an alle anderen Mitgliedstaaten weiter. Vorgesehen ist im Übrigen, dass auch Drittländer dem Schnellwarnsystem RAPEX beitreten können. Interesse an einer Einbindung in dieses Schnellinformationsnetz bekundet haben bereits Rumänien und Bulgarien.

Klärung der anwendbaren Regelung

Die Produktsicherheitsvorschriften der EU sind eine Kombination aus sektoren- bzw. produktspezifischen Bestimmungen einerseits und allgemeinen Vorschriften, die für Produkte jeder Art gelten, andererseits. Mit der überarbeiteten Richtlinie wird der Zusammenhang zwischen den allgemeinen Produktsicherheitsbestimmungen und den sektoren- bzw. produktspezifischen Vorschriften klar geregelt. Ausführliche Leitlinien betreffend das Verhältnis zwischen der Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit und Einzelrichtlinien wie der Spielzeugrichtlinie, der Richtlinie über Niederspannungsgeräte, der Richtlinie über persönliche Schutzausrüstungen oder der Richtlinie über kosmetische Mittel sind zu finden unter:

http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_safe/prod_safe/gpsd/guidance_gpsd_de.pdf

Die überarbeitete Richtlinie legt weiter unmissverständlich fest, dass Produkte, die eigentlich für beruflich-gewerbliche Zwecke bestimmt, inzwischen aber ebenso von Endverbrauchern benutzt werden – zum Beispiel Elektrowerkzeug, das zwar ursprünglich für das Bauhandwerk gedacht war, heute aber ohne Weiteres von Endverbrauchern in Heimwerkermärkten gekauft oder gemietet werden kann – ebenso unter die neuen Bestimmungen fallen wie Produkte, die einem Verbraucher als Bestandteil einer Dienstleistung geliefert oder in einem solchen Rahmen vom Verbraucher benutzt werden.

Wirksamere Anwendung der Normvorschriften

Da nach der überarbeiteten Richtlinie nunmehr verstärkt auf Normvorschriften von Normungsorganisationen wie CEN und CENELEC zurückgegriffen wird, dürften die den Unternehmen entstehenden Mehrkosten für sicherheitskonforme Produkte sinken. Entspricht nämlich ein Produkt bestimmten Sicherheitsanforderungen nach Europäischen Normen, so wird davon ausgegangen, dass das Produkt mit den Sicherheitsanforderungen sämtlicher EU-Mitgliedstaaten konform ist. Eine erste Liste in Frage kommender Normen, voraussichtlich u. a. für Babyartikel wie Wiegen, Bettchen und Schnuller, soll im Laufe des Jahres bekannt gemacht werden.

EU bekämpft Geflügelpest

Die EU beteiligt sich an internationalen Aktionen zu Eindämmung der Geflügelpest in Asien. Auch hat sie als Vorsichtsmaßnahme die Einfuhr von Geflügel aus Asien zeitweilig ausgesetzt

(Veranstaltungen Forts.)

11.-12. Mai

Konsultationssitzung der Gesundheitsminister, Cork

24.-25. Mai

Ausschuss für Tierarzneimittel (CVMP), Arbeitsgruppe zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung für Tierarzneimittel (VMRFG) – Regulierungsgremium, Cork

26.-27. Mai

Sitzung der Leiter von Human- und Tierarzneimittelagenturen, Dublin

1.-2. Juni

Ministerrat „Gesundheit“, Luxemburg

13.-16. Juni

Vierte europäische Konferenz über Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz – „Networking Workplace Health in Europe“, Dublin

16.-18. Juni

Zwölfte Europäische Konferenz über soziale Dienste: „Delivering Quality and Access to Social Care and Health in an Enlarged Europe“, Dublin

17.-18. Juni

Konferenz zum Thema „Tobacco Control“, Universität Limerick

17.-18. Juni

Konferenz zum Thema „Breastfeeding Promotion in Europe“, Dublin



www.eu2004.ie

⇒ Neues in Kürze: Lebensmittelsicherheit

8. Januar – Die Europäische Kommission erhöht Vorauszahlungen für die Tilgung der Geflügelpest in den Niederlanden, in Belgien und in Deutschland im Jahr 2003.

19. Dezember 2003 – Die Europäische Kommission beschließt eine Änderung der TSE-Verordnung (transmissible spongiforme Enzephalopathien), mit der die erhöhte Zahl der TSE-Tests bei Schafen und Ziegen in der EU wieder verringert wird.

⇒ Neues in Kürze: Öffentliche Gesundheit

19. Dezember 2003 – Kommission nimmt Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Ratifizierung des Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakkonsums an.

16. Dezember 2003 – Das Europäische Parlament gibt in zweiter Lesung eine Stellungnahme zur Richtlinie über menschliche Gewebe und Zellen ab.

■ **Arbeitsplan der GD Gesundheit und Verbraucherschutz für 2004**

Neue Legislativvorschläge und Strategiepapiere für 2004 geplant:

- Einheitliche Grundsätze für die Zulassung mikrobieller Pestizide
- Bereitschafts- und Reaktionsplan mit Blick auf eine Influenzapandemie
- Bericht über die elektronische Identifizierung von Rindern
- Rahmen für Lebensmittelzusatzstoffe
- Beschluss über eine Exekutivagentur für den Gesundheitsbereich
- Mitteilung zur Gesundheitsstrategie
- Öffentliche Gesundheit – Arbeitsplan 2004
- Stichprobennahme und Prüfung von Saatgut unter amtlicher Überwachung
- Allgemeiner Plan für die Bewältigung von Lebensmittelkrisen (Verordn. Nr. 178/2002)
- Einsetzung von wissenschaftlichen Ausschüssen im Bereich öffentliche Gesundheit („Non Food“)
- Verbraucherpolitik – Jahresarbeitsplan 2004
- Beteiligung von Bulgarien am neuen Rahmen für Verbraucherpolitik
- Beteiligung von Rumänien am Rahmen für Verbraucherpolitik
- Mitteilung zur Patientenmobilität und der Entwicklung der Gesundheitsversorgung
- Neuartige Lebensmittel („Novel Food“)
- Überprüfung des bisherigen Besitzstandes der EU im Bereich Verbraucherschutz
- Richtlinie zur Bekämpfung der Geflügelpest
- Nährwertkennzeichnung
- Bericht über die Bekämpfung des Rauchens in Europa
- Verhaltenskodex für den elektronischen Geschäftsverkehr
- Änderung der TSE-Verordnung (Nr. 999/2001)
- Aromen & Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln
- Vernetzung von Organisationen (Verordnung Nr. 178/2002)
- Mitteilung über Folgemaßnahmen zum europäischen Vertragsrecht
- Änderung der Richtlinie 95/2 über andere Lebensmittelzusatzstoffe als Aromen (Nitrit/Nitrat)
- Beitritt der Gemeinschaft zum Internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
- Änderung der Verordnung 2001/466 und der Richtlinie 2002/32 (Mykotoxine)
- Zertifizierungssystem für das Inverkehrbringen von Vermehrungsmaterial von Obstbäumen
- Technische Verfahrensbedingungen für Blut und Bluterzeugnisse
- Aktualisierung der Richtlinie 69/465/EWG des Rates zur Bekämpfung des Kartoffelnematoden
- Koordiniertes Programm für die amtliche Futtermittelüberwachung im Jahr 2005
- Änderung der Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln
- Schutz von Masthähnchen
- Koordiniertes Programm für die amtliche Lebensmittelüberwachung
- Verordnung der Kommission über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel

Ein EU-Experte für Tiergesundheit weilt derzeit in Vietnam – einem der Länder, das mit am stärksten vom Ausbruch der Krankheit betroffen ist –, um bei der Bekämpfung der Seuche vor Ort zu helfen. Der EU-Experte folgte einem Appell der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und des Internationalen Tierseuchenamtes (OIE) um internationale Hilfe bei den Bemühungen um Eindämmung der Seuche im asiatischen Raum. Er wird mit den vietnamesischen Behörden im Rahmen eines von der WHO geleiteten Teams zusammenarbeiten und bei der Tilgung der Seuche aus den Geflügelbeständen des Landes Unterstützung leisten.

Eine Bedrohung für Mensch und Tier

Die Geflügelpest, auch „Vogelgrippe“ genannt, ist eine hochansteckende Hühner- und Vogelseuche; eine Übertragung auf den Menschen ist jedoch eher selten. Dennoch sind in Asien mehrere Personen an dieser Seuche gestorben. Die WHO warnte vor den Gefahren einer Verbindung des Virus mit dem menschlichen Grippevirus, was eine besondere Gefährdung für den Menschen darstellen könnte. Gegenwärtige Hauptquelle für die Infektion des Menschen ist jedoch der Kontakt mit infiziertem Geflügel, und so konzentrieren sich die Anstrengungen der Regierung und der internationalen Organisationen vor allem auf die Eindämmung der Seuche in Tierbeständen.

Mehrere Länder Asiens betroffen

Fälle der Geflügelpest wurden bisher aus Kambodscha, China, Laos, Indonesien, Japan, Pakistan, Taiwan, Thailand, Südkorea und Vietnam gemeldet. Die Einfuhr von Geflügel aus Thailand in die EU wurde am 23. Januar unterbunden, nachdem die thailändischen Behörden den Ausbruch der Seuche in ihrem Land bestätigt hatten. Auch aus den anderen Ländern, die von der Seuche erfasst sind, wird kein Geflügel mehr in die EU eingeführt.

Zu dem Verbot von EU-Geflügeleinfuhren aus Thailand erklärte EU-Kommissar David Byrne, dieses sei „angesichts des hohen möglichen Risikos für Europa“ notwendig, und fügte hinzu: „Wir können im Zusammenhang mit der Gesundheit von Mensch und Tier kein Risiko eingehen.“

http://europa.eu.int/comm/food/animal/diseases/controlmeasures/avian_en.htm;

http://europa.eu.int/comm/health/ph_threats/com/Influenza/avian_influenza_en.htm

Neuer Generaldirektor für Gesundheit und Verbraucherschutz

Robert Madelin, neuer Generaldirektor der Kommission für den Bereich „Gesundheit und Verbraucherschutz“, nimmt seine Arbeit am 15. Januar auf



Herr Madelin, früherer Direktor in der Generaldirektion Handel (1997-2003), war in vielfältigen Bereichen tätig, u. a.: Zugang zu Arzneimitteln, Landwirtschaft, Biotechnologie, Verantwortung der Unternehmen, „global Governance“, geistiges Eigentum, Investitionen, Dienstleistungen, Lebensmittel- und Produktnormen, nachhaltige Entwicklung, Beziehungen zum asiatisch-pazifischen Raum. Zuvor war er Stellvertretender Kabinettschef bei Sir (jetzt: Lord) Leon Brittan während dessen Amtszeit als Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Herr Madelin, 46 Jahre, ist in England aufgewachsen und hat dort die *Royal Grammar School* in High Wycombe und das *Magdalen College* in Oxford besucht. 1979 trat er in den britischen öffentlichen Dienst ein und arbeitete überwiegend in London und Brüssel, mit kürzeren Aufenthalten in Genf und New York. Er ist Absolvent der *Ecole Nationale d'Administration* in Paris.

Consumer Voice, Ausgabe Januar 2004
Die in *Consumer Voice* vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder. Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.
E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi; **Redaktion:** Iwona Pajak, Ben Duncan, Aoife White in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.
Layout: Deborah MacRate-Ockerman
Website:
http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm